

## Inhaltsübersicht.

---

### Erster Abschnitt.

#### Das Wesen der Ministerverantwortlichkeit.

	Seite
I. Darlegung der zum Postulate der Ministerverantwortlichkeit führenden Gründe. Die Divergenz der Organe der legislativen und der executiven Gewalt. Unverantwortlichkeit des Monarchen (Note 2). Parlamentsregierung. Uebernahme der Verantwortlichkeit seitens der Kronräthe. Insbesondere von der Contrasignatur . . . . .	3—9
II. Die nach österreichischem Verfassungsrechte für die im Vorstehenden bezeichneten Fragen in Betracht kommenden Sätze . . . . .	9—10
III. Ministerverantwortlichkeit im technischen Sinne. Stellung der Minister zur Krone, zur Volksvertretung (parlamentarische Verantwortlichkeit), zur öffentlichen Meinung. Gemeinrechtliche Verantwortlichkeit der Minister . . . . .	10—14
IV. Verantwortlichkeit wegen Missregierung. Richtige Art der Geltendmachung derselben. Verantwortlichkeit des Ministers für seine eigene amtliche Thätigkeit. Die Verfassungs- und Gesetzverletzung als Anklagesubstrat . . . . .	14—18
V. Rechtsgrund der Verantwortlichkeit. Juristischer Charakter der Anklage und des Verfahrens . . . . .	18—22
VI. Würdigung des Werthes der Ministerverantwortlichkeit im praktischen Staatsleben. Die gegen die Einrichtung erhobenen Bedenken und Vorwürfe. Versuch der Richtigstellung derselben . . . . .	22—27
VII. Ueber die Stellung der Lehre von der Ministerverantwortlichkeit im Systeme des Staatsrechts. (Von den sogen. Verfassungsgarantien.) .	27—30
VIII. Zur Literatur der Lehre von der Ministerverantwortlichkeit . . .	30—32



## Zweiter Abschnitt.

## Zur Geschichte der Ministerverantwortlichkeit.

Seite

- I. Vorbemerkung. Nachweise für einzelne im Folgenden nicht berücksichtigte Staaten (Note 2) . . . . . 35—37
- II. England. — Geschichtliche Entwicklung der Verantwortlichkeit Einzelne wichtigere Anklagen: Strafford (Note 4), Erzbischof Laud (Note 5), Lord Danby (Note 6), Warren-Hastings (Note 7), Melville (Note 8). — Formen der Strafverfolgung: 1. das *impeachment*; 2. *bill of attainder* (Note 10). — Gegenstand der Anklage. Verfahren. Das Oberhaus als Staatsgerichtshof . . . . . 37—42
- III. Die Vereinigten Staaten Amerikas. — Begriff und Gegenstand der Amtsklage. Die ihr unterworfenen Personen. Verfahren. Der Senat als Staatsgerichtshof. Scheidung der verfassungsrechtlichen und der strafrechtlichen Seite der Anklage im Urtheil. Anklagefälle. (Johnson, Note 9, Belknap, Note 10) . . . . . 42—45
- IV. Frankreich. — Die älteren Verfassungen (1791, 1793, 1795, 1799, 1802, 1804). Die Charte Ludwig's XVIII. — Process gegen die Minister Karl's X. (Note 6). — Die Verfassung v. 1830. Entwürfe eines Ausführungsgesetzes. Die Begriffe *trahison*, *concussion*, *prevarication*. Der Staatsgerichtshof nach der Verfassung vom 4. November 1848. — Die napoleonischen Constitutionen — Art. 12 des Gesetzes vom 15. Juli 1875. Anklageantrag gegen die Ministerien Broglie-Fourtou und Rochetonet (Note 12) . . . . . 45—50
- V. Schweden. — Zur Geschichte der Verantwortlichkeit. Der Process gegen Görtz (Note 2). Regelung der Verantwortlichkeit in der Verfassung v. 1809. Das Verantwortlichkeitsgesetz v. J. 1810. Art der Verwirklichung der Verantwortlichkeit. — Staatsrathsprotokolle. Das Reichsgericht. — Norwegen. Die Verantwortlichkeit des Staatsraths nach der Verfassung v. 1814. Das Gesetz v. J. 1828 über Strafbestimmungen für die Mitglieder des Staatsraths und des höchsten Gerichts wegen Amtsvergehen. Das Reichsgericht. Anklage gegen den Minister Löwenskiöld (Note 7) 51—54
- VI. Deutschland. — Historische Einleitung. Aeltere Processe (Note 4). Das Princip der Verantwortlichkeit in den neueren deutschen Verfassungen. Das neue Deutsche Reich. Uebersicht der deutschen Quellen. Einzelne Anklageanträge und Anklagefälle (Baiern, Minister v. Schenk, Note 9; Kurhessen, Minister Hassenpflug, Note 10; Nassau, Minister v. Marschall, Note 11; Württemberg, Minister von Wächter, Note 14) 55—60
- VII. Oesterreich-Ungarn. 1. Oesterreich. Die Verfassung v. April 1848. Der Kremsierer Entwurf. Die Reichsverfassung v. 4. März 1849. Die Stellung des Ministeriums nach dem Cabinetsschreiben v. 20. August 1851. Die Februarverfassung (1861). Verheissung eines Regierungsentwurfs über die Ministerverantwortlichkeit. Einbringung desselben im Abgeordnetenhaus (1867). Der Gegenentwurf des Verfassungs-Aus-



schusses. Sanction der Beschlussfassung des Reichsrathes. Kundmachung des Gesetzes (§. 31 M. V. G., Note 8). Bestätigung des Princips der Ministerverantwortlichkeit durch Art. 9 des St. G. G. über die Regierungs- und Vollzugsgewalt. — 2. Ungarn Der 3. Gesetz-Artikel v. J. 1848. Gegenstand der Anklage. Verfahren, Gericht, Begnadigung. Ein Anklageantrag (Note 12). — 3. Die Verantwortlichkeit des gemeinsamen Ministeriums . . . . . 60—68

### Dritter Abschnitt.

Darstellung der Lehre von der Ministerverantwortlichkeit nach heutigem österreichischen Staatsrechte. Mit Berücksichtigung des Rechtszustandes Deutschlands.

Anordnung des Stoffes . . . . . 71

- I. Die Subjection unter das Verantwortlichkeitsgesetz. Der Begriff Minister (Minister mit [Fachminister] und ohne Portefeuille, Ministerpräsident). Ueber die Verantwortlichkeit des Fachministers. Verantwortlichkeit der mit der Leitung eines Ministeriums betrauten Beamten. Fortdauer der Verantwortlichkeit nach Rücktritt des Ministers. Ueber die sich vereinzelt findende Erweiterung des Anklagerechtes der Volksvertretung und der Competenz des St. G. H. bald auf höhere, bald auf alle Staatsbeamten. Ablehnung dieser Erweiterung im österreichischen Rechte. Insbesondere von der Verantwortlichkeit der Statthalter. Competenz über Mitschuldige des Ministers. — Ueber die Verantwortlichkeit der Volksvertretung, bez. der einzelnen Mitglieder derselben . . . . . 71—79
- II. Die österreichischen Ministerien. Die gemeinsamen Ministerien. . . 79—81
- III. Gegenstand der Anklage. Die Verfassungs- und die Gesetzesverletzung (Ueber den Verfassungsbegriff, Note 2). Verletzung der Verfassung als Ganzer. Verletzung derselben in ihren einzelnen Theilen. Sind die Fälle der Verfassungsverletzung im Gesetze zu specialisiren? Die Verfassungsverletzung kann sowohl durch positive Handlung, als durch Unterlassung begangen werden. Erforderniss, dass die Verletzung dem Minister in seiner amtlichen Eigenschaft zur Last fällt . . . . . 81—85
- IV. Die Bestimmungen der deutschen Quellen über den Gegenstand der Anklage . . . . . 85—87
- V. Die Bestimmungen des österreich. Verantwortlichkeitsgesetzes über den Gegenstand der Anklage: a) Verletzung der Verfassung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder; b) Verletzung der Landesordnung eines derselben; c) Verletzung eines Gesetzes. — Anführung besonders wichtiger Fälle (§. 3 M. V. G.). — Gemeinrechtlich strafbare Handlungen, insoweit sie mit den amtlichen Functionen des Ministers in Verbindung stehen. — Gegenstand der Anklage gegen das gemeinsame Ministerium . . . . . 88—92



- VI. Die Strafbarkeit in subjectiver Beziehung. *Dolus* und *culpa*. Einfluss des Irrthums. Auffassung der deutschen Verfassungen. §. 2. des österr. M. V. G. — Erschwerende, mildernde Umstände . . . . . 92—95
- VII. Geltendmachung der Verantwortlichkeit. Das Zustehen des Anklagerechtes: a) Feststellung des Principes; b) Bestimmungen der deutschen Quellen darüber; c) des österreichischen Verantwortlichkeitsgesetzes. — Das Recht zur Anklage des gemeinsamen Ministeriums. — Bis zur Erlassung des in §. 18 des Gesetzes über die gemeinsamen Angelegenheiten verheissenen Gesetzes ist eine Anklage gegen das gemeinsame Ministerium nicht zulässig . . . . . 95—99
- VIII. Modalitäten der Anklageerhebung. — Ueber das Erforderniss einer grösseren als der absoluten Stimmenmehrheit. — Berathung über den Anklageantrag. Wirkungen der erhobenen Anklage. Vertretung derselben. — Anordnungen des österreichischen M. V. G. über diese Materien . . . . . 99—103
- IX. Umstände, welche auf das begründete Anklagerecht, bez. auf die erhobene Anklage von Einfluss sind: a) Rücktritt der Volksvertretung von der Anklage, — Verzicht; b) Einstellung der Thätigkeit der Volksvertretung — Auflösung derselben; c) Verjährung (Zur Geschichte des §. 27 M. V. G. Note 13) . . . . . 103—109
- X. Der Staatsgerichtshof. — Ueber die Uebertragung der Gerichtsbarkeit an den obersten Gerichtshof; an das Oberhaus; an eine aus diesen beiden Factoren zusammengesetzte richterliche Versammlung; an einen Staatsrath; an einen auf eigener Grundlage beruhenden selbständigen Staatsgerichtshof. Bestellung des letzteren. Erforderliche Eigenschaften der Richter. Ablehnung. Stellung der Staatsrichter. Von dem *ius inspectionis* des Staatsoberhauptes gegenüber dem Staatsgerichtshof. Einberufung des Gerichts . . . . . 109—116
- XI. Die Bestimmungen der deutschen Quellen über die Bildung des Staatsgerichtshofes . . . . . 116—119
- XII. Die Bildung des Staatsgerichtshofes nach österreichischem Rechte. — Bildung jenes Gerichtshofes, der zur Beurtheilung von Anklagen gegen das gemeinsame Ministerium berufen sein wird . . . . . 119—122
- XIII. Das Verfahren. — Princip desselben. Anklage-Untersuchungsverfahren. Oeffentlichkeit, Mündlichkeit. Verhältniss des gemeinrechtlichen Strafverfahrens zum Verfahren bei der Ministeranklage. Die hierauf bezüglichen Bestimmungen der deutschen Quellen und des österreich. Rechtes — Vertheidigung des Angeklagten. (Einreden.) Recht des Angeklagten, sich eines Vertheidigers zu bedienen (§. 18 M. V. G.) . . . . . 122—127
- XIV. Hauptabschnitte des Verfahrens. — 1. Untersuchung; 2. Hauptverhandlung. — Ungehorsamverfahren. — 3. Beweis: a) Beweislast; b) Beweismittel; c) Beweistheorie. 4. Kosten des Verfahrens . . 127—133
- XV. Das Urtheil. — Voraussetzungen der Urtheilsfällung. Form, Bekanntmachung, Inhalt des Urtheils. — Inwieferne das Urtheil des St. G. H. ein weiteres Verfahren ausschliesst. — Vollzug des Urtheils . . 133—136



- XVI. Die Strafe für die Verfassungsverletzung. Charakter derselben. Die Strafbefugnisse des Staatsgerichtshofes nach den deutschen Quellen 136—140
- XVII. Folgen der Verurtheilung nach österreichischem Rechte. (Entfernung aus dem Rathe der Krone; Entlassung aus dem Staatsdienste; zeitlicher Verlust der politischen Rechte.) Behandlung der im allg. Strafgesetze vorgesehenen Vergehen . . . . . 140—143
- XVIII. Rechtsmittel gegen das Urtheil. Die in einzelnen deutschen Verfassungsgesetzen anerkannten Rechtsmittel. — Ausschluss von Rechtsmitteln nach dem österreich. M. V. G. . . . . 144—145
- XIX. Begnadigung. Widerspruch derselben mit dem Wesen der Ministerverantwortlichkeit. Niederschlagung der Untersuchung. Strafnachlass, Strafmilderung. Von dem s. g. beschränkten Begnadigungsrechte. Abhängigmachung der Begnadigung von der Zustimmung des anklagenden Hauses. Die Bestimmungen der deutschen Quellen. — Oesterreichisches Recht (§. 29 M. V. G., Art. 13 des St. G. G. über die richterliche Gewalt) . . . . . 145—150
- XX. Schadenersatz. — Ob die Beurtheilung desselben dem St. G. H. oder den ordentlichen Gerichten zu überweisen sei? Die Bestimmungen des österreichischen Verantwortlichkeitsgesetzes (§§. 6, 28, 24 M. V. G.) 150—153